

Körting muss jetzt handeln

Die Eröffnung der Hauptstadt-Repräsentanz von Scientology hat Innensenator Körting völlig unvorbereitet getroffen. Dass er von der Ansiedlung der Sekte in Charlottenburg erst aus der Zeitung erfährt, ist erschreckend.

Anstatt den Beobachtungsdruck zu erhöhen, bleibt die SPD nebulös. Die Errichtung der Sekten-Repräsentanz in der Otto-Suhr-Allee wird als ‚Umzug an eine prominentere Adresse‘ verharmlost, die Debatte als ‚hochgekocht‘ bezeichnet, den Kritikern Panikmache vorgeworfen. Vor allem letzteres weise ich als unverantwortlich zurück. Es geht nicht um Panikmache. Es geht darum, dass Berlin bei der Überwachung von Scientology seit 2003 völlig untätig geblieben ist, während die Organisation in Bund und den meisten anderen Ländern beobachtet wird. Bereits 1997 hatte die Innenministerkon-



Henkel redet Klartext

ferenz beschlossen, die Sekte durch die Verfassungsschutzämter beobachten zu lassen. Wer einen Blick in die Verfassungsschutzberichte von Ländern wie Bayern und Baden-Württemberg wirft, den muss ein beklemmendes Gefühl ergreifen. Es handelt sich bei Scientology nicht um eine durchgeknallte Science-Fiction-Sekte, sondern laut Ansicht der Verfassungsschutzbehörden um eine totalitäre Organisation mit antidemokratischen Tendenzen.

Nach der Kritik der letzten Wochen hat nun offenbar auch Körting erkannt, dass er isoliert dasteht. Jetzt will er sich mit den Verfassungsschutzbehörden der anderen Länder absprechen. Da frage ich mich, was der Innensenator und seine Verwaltung in den letzten drei Jahren getan haben. Die Zeit der Tatenlosigkeit muss jetzt endgültig vorbei sein.

Was will die Sekte in Berlin?

Fortsetzung von S. 1

Eine solche Überwachung ist jedoch im Bund und in den meisten Bundesländern gängige Praxis. In den Verfassungsschutzberichten von Bayern und Baden-Württemberg wird unter anderem der diffamierende Umgang mit Gegnern und Aussteigern angemahnt. „Kritiker werden wegen ihrer Gegnerschaft [zu Scientology] diffamiert, öffentlich bloßgestellt, angezeigt und verklagt, bisweilen bedroht, belästigt und zur Zermürbung auch psychisch gequält“, heißt es im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2005. Zudem gibt es tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen. „Danach wird es im scientologischen Gesellschaftssystem keine Menschen- und Grundrechte mehr geben, wie sie im Grundgesetz definiert sind. Im scientologischen Rechtssystem sind auch keine unabhängigen Gerichte vorgesehen. Vielmehr erforscht ein nicht an Recht und Gesetz gebundener Nachrichtendienst Sachverhalte und ergreift Maßnahmen“, wird an anderer Stelle im Bericht festgehalten.

Henkel: „Wir brauchen jetzt konkrete Erkenntnisse darüber, was Scientology in Berlin vorhat. Dass Innensenator Körting erst aus der Zeitung von der Eröffnung der



Eine auffällig große Repräsentanz in Charlottenburg hat Scientology bezogen.

Sektenzentrale erfährt, ist ein Skandal. Die für eine kleine Berliner Scientology-Gruppe überdimensionierte Repräsentanz wirft die Frage auf, ob wir es möglicherweise mit einer geplanten strategischen Konzentration der Sekte auf den Standort Berlin zu tun haben.

Der Senat muss endlich tätig werden und den Beobachtungsdruck erhöhen. Innensenator Körting hat alle Mittel in seinen Händen. Es hilft nicht, jetzt abzuwiegen oder dem Bund den Schwarzen Peter zuzuschieben. Als Vorsitzender der Innenministerkonferenz

und als Berliner Innensenator kann er Abwehrstrategien auf Bundes- und auf Landesebene vorantreiben. Die CDU-Fraktion hätte er in dieser Frage an seiner Seite. Jetzt braucht es nur noch den politischen Willen, diese Möglichkeiten auch auszuschöpfen.“

Politik, so Henkel abschließend, habe auch die Aufgabe, die Ängste und Sorgen der Menschen ernst zu nehmen. Vor Scientology – dass haben die Ereignisse der letzten Wochen gezeigt – hätten die Menschen Angst. Deshalb müsse jetzt gehandelt werden.

Massiv gegen Drogendealer

Polizeipräsident Glietsch hat unlängst gegenüber einer Berliner Tageszeitung erklärt, mehr Polizeipräsenz helfe im Kampf gegen Drogenhändler nicht weiter. Die CDU-Fraktion wies diesen Vorstoß scharf zurück.

Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Frank Henkel, vermutet, dass offenbar nur der schrittweise Rückzug einer personell ausgezeichneten Polizei gerechtfertigt werde solle. Der Unionspolitiker: „Die Polizei muss die Drogenszene massiv unter Druck setzen. Drogendealer dürfen sich an keinem Ort der Stadt sicher fühlen, sondern müssen unnachgiebig getrieben werden. Dazu sind jedoch politischer Wille und ausreichend Personal erforderlich.“ Henkel weiter: „Drogenhandel ist kein Kavaliärsdelikt. In der Hauptstadt starben im vergangenen Jahr bis Ende November 161 Menschen an den Folgen des Drogenkonsums. Es ist nicht hinnehmbar, dass der Staat erst nach Presseberichten auf ein polizeibekanntes Phänomen reagiert, wie im jüngsten Fall des U-Bahnhofs Weinmeisterstraße geschehen. Vielmehr muss bei Bekanntwerden eines Umschlagplatzes unverzüglich eingeschritten werden. Das ist unser Verständnis von effektiver Kriminalitätsbekämpfung.“

Fast geschenkt, aber ganz peinlich



Uwe Goetze

Peinlich, peinlich – und teuer. Und politisch brisant. So lässt sich mit heutigem Stand die geplante Schenkung zusammenfassen, die ein englischer Mochtetern-Mäzen Berlin versprochen, aber nie gezahlt hatte. Hintergrund sind die städtebaulichen Pläne für einen Park am Gleisdreieck, in dem auch die Errichtung eines Riesenrads angedacht war. Um das Riesenrad zu verhindern, hatte ein Herr Lacey die Zusage gegeben, 5,5 Millionen Euro für die Erweiterungsflächen des Technikmuseums dem Berliner Senat zur Verfügung zu

stellen. Dieser verpflichtete sich daraufhin vertraglich, das Grundstück zu erwerben, was er Ende Dezember auch tat.

Der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Uwe Goetze, stellt dazu fest, dass der Senat sich offenbar frühzeitig der Risiken bewusst war und sie dennoch in der Folge gegenüber dem Abgeordnetenhaus verschleiert hat. Goetze: „Der Vorgang muss jetzt lückenlos aufklärt werden. Die politisch

Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden.“ Nun befürchtet der CDU-Politiker, dass die Auf-



klärung verschleppt werden solle. Goetze: „Der Senat hat dem Abgeordnetenhaus mitgeteilt, dass er den zum 17. Januar zugesagten Bericht an den Hauptausschuss zu den

„Er praktiziert den aufrechten Gang“

Wolf Biermann ist, unbestritten, ein berühmter Dichter, Schriftsteller und Liedermacher.

Er hat diese Stadt Berlin, vor allem während der Spaltung, bedichtet und besungen, ihre Wunden, Hoffnungen, ihren Geist. Ob der „Preußische Ikarus“, der „Hugenottenfriedhof“, der „Mont Klamott“, ob „Weidendammer Brücke“ oder „Dorotheenstädtischer Friedhof“ – Biermann hat sie für unabsehbare Zeit berühmt gemacht. Aber er war, das macht seine ganze Bedeutung aus, auch ein Freiheitskämpfer. Er fand bald heraus, dass er in der DDR mit einer Diktatur zu tun hatte, an deren Leine er sein Genie nicht ketten lassen wollte. Stattdessen sang und praktizierte er, bewaffnet mit seiner

Gitarre, das Lied vom aufrechten Gang. An Versuchen der Diktatur, das zu verhindern, fehlte es nicht. Biermann forderte nicht nur die Bürger- und Menschenrechte ein, sondern litt auch unter der Spaltung Berlins, Deutschlands. Er hielt das nicht für sich. Auch damit erreichte er viele Menschen in Ost und West, so viele, dass die DDR ihn 1976 in den Westen auspernte. Seine Wohnung in der Chausseestraße 131 belegte die Stasi.



Dr. Uwe Lehmann-Brauns (r.) hat vehement für die Ehrenbürgerwürde Wolf Biermanns (l.) gestritten. In seinem Namensartikel nennt er die Gründe:

Wenige Künstler haben eine vergleichbare künstlerische und politische Wirkung erzielt wie er. Nach seiner zwangsweisen Ausbürgerung 1976 verließ ein ganzer Strom von Künstlern und Intellektuellen die DDR, die

damit endgültig die wenigen Reste ihres Ansehens verlor. Wolf Biermann ist keinem politischen Lager zuzurechnen. Der Antrag, ihm die Ehrenbürgerschaft der Stadt zu verleihen, wurde von den drei Fraktionen CDU, Grünen und FDP gestellt. Immerhin haben sich die Sozialdemokraten, wenn auch auf den letzten Drücker, doch noch entschlossen Wolf Biermann als Ehrenbürger dieser Stadt zu akzeptieren. Die PDS muss sich entscheiden, ob sie in Zukunft dem DDR nostalgischen Klientel zu Willen ist oder die Stadt überzeugen will, dass sie sich von der DDR-Diktatur distanziert hat. Ihre Enthaltung bei der Frage der Ehrenbürgerschaft Wolf Biermanns zeigt, dass sie diese Entscheidung bisher nicht getroffen hat.

Zur deutschen Ratspräsidentschaft

Im ersten Halbjahr 2007 hat Deutschland die Ratspräsidentschaft in der EU. Die CDU-Kulturpolitikerin Monika Grütters, MdB, bewertet dies aus kultureller Sicht:

Dies ist eine hervorragende Möglichkeit, sich in der EU zu präsentieren. Die Kulturation Deutschland wird diese Stärke während der Präsidentschaft in vielen Programmen einsetzen. Wir werden daher wesentliche kultur- und medienpolitische Impulse setzen. Kultur hat in Europa einen großen Stellenwert, weil sie als Querschnitts-



Monika Grütters

thema in alle Politik- und Lebensbereiche hineinwirkt. Die Kultur kann so zu einer Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses beitragen. Wir alle müssen sie noch stärker als bisher als gemeinsames Erbe Europas und als unser aller Wertefundament begreifen. Deutschland hat z.B. die Initiative ergriffen, mit anderen Beitrittsstaaten gemeinsame Positionen zur kulturellen Vielfalt zu erarbeiten und damit das „UNESCO-Übereinkommen über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen“ mit Leben zu erfüllen. Denn Kultur und Wirtschaft schließen sich nicht aus. Es wird oft überse-

hen, dass die Kulturwirtschaft und die Kreativindustrie die Wirtschaftszweige sind, die in Deutschland und in Europa die größten Zuwachsraten haben. Mit Blick auf unser Ziel, Europa als eine der wettbewerbsfähigsten Regionen der Welt zu erhalten, betonen wir daher immer wieder diesen Zusammenhang. Intensiv wird auch an der europäischen Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“ weitergearbeitet, die die Voraussetzungen für den freien Dienstleistungsverkehr von Fernsehdiensten innerhalb der EU schafft und dadurch die Entwicklung eines europäischen Medienmarktes fördert. Auch der Aufbau der Europäischen Digitalen Bibli-

othek kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Denn sie erleichtert den Zugang aller EU-Bürger zum kulturellen Erbe Europas und fördert auf diese Weise das Wissen um unsere gemeinsamen kulturellen Wurzeln. So trägt u.a. die Kultur zur Herausbildung der europäischen Identität bei, ohne die die europäische Integration nicht erfolgreich voranschreiten kann.

Deutschland wird bis zum Juni viele seiner herausragenden Musiker, Künstler, Tänzer und Schriftsteller in Brüssel und anderen europäischen Städten antreten lassen: Sie sind die besten Botschafter der Kulturation Deutschland.

Schüler erleben Europa hautnah

In diesem Jahr steht der 22. Januar an den deutschen Schulen ganz im Zeichen von Europa. Auf Initiative unserer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel findet am kommenden Montag an zahlreichen Schulen in ganz Deutschland



Roland Gewalt

ein EU-Projekttag statt. Angela Merkel, Mitglieder der Bundesregierung, Mitglieder des Deutschen Bundestags und des Europäischen Parlaments, Ministerpräsidenten und Landtagsabgeordnete werden an den Schulen mit Jugendlichen über Europa diskutieren.

Die Politikerinnen und Politiker wollen zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft den Jugendlichen die europäische Politik näher bringen. Auch der Berliner CDU-Europaabgeordnete Roland Gewalt wird an diesem Tag an zwei Berliner Schulen zu einer Podiumsdiskussion erwartet. „Dieser Projekt-

tag ist eine hervorragende Idee“, so Gewalt. „Die Schülerinnen und Schüler können ‚ihren‘ Abgeordneten einmal direkt fragen, was sie schon immer über Europa wissen wollten.“

IN KÜRZE

Urteil zum Doppelpass begrüßt

Die CSU hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts begrüßt, wonach ein Deutscher seine Staatsangehörigkeit mit dem Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit verliert, wenn dieser Erwerb auf seinen Antrag hin erfolgt. Hier werde klar gestellt, dass der Gesetzgeber das Katz-und-Maus-Spiel mit der deutschen Staatsbürgerschaft nicht hinnehmen müsse.

1. Europatag bei der KAS

Am 16. Januar 2007 fand bei der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung der 1. Europatag mit hochrangiger Besetzung des Diskussionspodiums statt. Neben dem Vorsitzenden der KAS, Dr. Bernhard Vogel, und dem ehemaligen Bundesminister Matthias Wissmann diskutierten auch die Berliner Bundestagsabgeordnete Monika Grütters und der ehemalige Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Prof. Dr. Christoph Stözl über die Frage „Was eint Europa?“. Weitere Europatage werden in den kommenden Monaten stattfinden. Infos gibt es unter: „http://www.kas.de“ www.kas.de oder telefonisch unter 030-26996 3230.

Neue Führung des Wirtschaftsrates e.V.

Der Landesverband Berlin-Brandenburg des Wirtschaftsrates Deutschland hat einen neuen Vorsitzenden. Dr. Claus-Peter Martens, von Beruf Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, dankte in seiner Ansprache seinem Vorgänger Cornelius Koch für die erfolgreiche Arbeit und freute sich, dass er seine Erfahrung dem Vorstand weiterhin zur Verfügung stellt. Der Wirtschaftsrat Berlin-Brandenburg werde die inhaltliche Arbeit weiter stärken, so Martens abschließend.